

Erfolgreicher Börsengang des Online-Versicherers Lemonade

## Etwas für Andersdenkende

Vor Beginn der atlantischen Wirbelsturmzeit kann der Tokioter Softbank-Konzern mit dem Lemonade-Börsengang endlich einen Erfolg verbuchen: Der Börsenkurs des 2015 gegründeten Sachversicherers konnte sich in der ersten Woche fast verdreifachen, nachdem der Emissionskurs bereits von 26 auf 29 Dollar pro Aktie angehoben worden war. Auf 4,6 Milliarden Dollar wird das Unternehmen bewertet, das im ersten Quartal einen Verlust von 36 Millionen Dollar auf einen Umsatz von 26 Millionen verbuchte. Für jeden Dollar Prämienentnahme zahlte es voriges Jahr 94 Cent drauf.

Nur wenige Versicherungsneugründungen haben Erfolg, denn sie müssen entweder von anderen gemiedene Hochrisikogruppen versichern oder die Etablierten preislich unterbieten. Beides ist riskant. Lemonade versucht sich als Online-Billiganbieter: „Alles im Nu. Duftete Preise. Großes Herz“, heißt es in der deutschen Werbung zur „Hausrat und Privathaftpflicht für Andersdenkende“. Ob Lemonade damit langfristig erfolgreicher sein wird als das Softbank-Wunderkind WeWork mit dem Umkrempeln der Vermietung von Büroflächen ist zweifelhaft. Auch mit ihrem Wirecard-Engagement (JF 29/30) verbrannten die Japaner enormes Kapital.

Die „Police 2.0“ ist nur ein kurzfristiger Vorteil, denn etablierte Versicherer können nachziehen. Die Behauptung, mit weniger Kapital auszukommen, ist Augenwischerei:



VON  
**THOMAS  
KIRCHNER**  
»Niedrigere  
Versicherungskosten bei  
weniger betrügerischen  
Schäden?«

Das wird von der Aufsicht festgelegt. Lemonade lagert das Kapital lediglich an Rückversicherungen aus, deren Kapitalkosten sich in den Prämien verstecken. Die große Hoffnung sind niedrigere Versicherungsschäden, indem es Kunden via Verhaltenspsychologie ermutigt, weniger betrügerische Ansprüche geltend zu machen. Zehn Prozent aller US-Schadensmeldungen sind übertrieben bis erfunden. Ein Viertel der Versicherten hält Versicherungsbetrug für akzeptabel. Nur: Sollte Lemonades Psychologie funktionieren, werden große Versicherer Lemonade schnell übertrumpfen, denn deren Mathematiker verfügen über weit umfangreichere Datensätze. Außerdem gibt es mindestens zwei weitere große Neugründungen, die einen ähnlichen Ansatz verfolgen.

Wie lange sich die Kursgewinne halten werden, ist die große Frage. Die schwerste Sturmzeit seit 2005 wird für diesen Sommer vorhergesagt. Bis zu 20 Wirbelstürme, davon drei bis fünf schwere, soll es geben. Lemonade spezialisiert sich in den USA auf Gebäude- und Hausratversicherungen. Trifft ein Sturm auf eine Ostküstenmetropole, wird es teuer für den Neuankömmling. Der einzige Lichtblick: 61 Prozent der Policen sind in Kalifornien, New York und Texas, wovon nur letzteres im Gefahrengebiet liegt. Die beim Börsengang eingesammelten 320 Millionen müssten für Sturmschäden reichen. Dann bleibt aber nicht viel übrig für laufende Verluste.



**BIZ-Hochhaus in Basel:** Einerseits sind staatliche Konjunkturprogramme nun notwendig, andererseits gefährden sie die Schuldentragfähigkeit

## Auf des Messers Schneide

**Corona-Krise:** Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und die OECD warnen vor Überschuldung

DIRK MEYER

Zwei internationale Organisationen haben kürzlich die künftige Wirtschaftsentwicklung eingeschätzt: Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel veröffentlichte ihren Jahresbericht, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihren jährlichen Wirtschaftsausblick. Und die anhaltende Corona-Pandemie und der davon ausgelöste Einbruch der Weltwirtschaft waren selbstverständlich eines der Hauptthemen des diesjährigen BIZ-Berichts („BIS Annual Report 2019/20“).

Die negativen Marktentwicklungen spiegeln sich sogar bereits in den eigenen Bilanzzahlen zum Jahresabschluss (31. März 2020) wider. So sank der BIZ-Nettogewinn gegenüber dem Vorjahr von 563 auf 202 Milliarden Euro. Ursache waren ein geminderter Zinsüberschuss sowie niedrigere Anleihekurse. Die im Wert gestiegenen Goldbestände konnten diese Mindererträge nicht ausgleichen. Großes (Eigen-)Lob gab es seitens der BIZ für die Zentralbanken weltweit. Sie hätten mit ihren kurzfristig ergrif-

fenen Maßnahmen dem Wirtschaftsabschwung entgegengewirkt.

Unerwähnt blieb die Nähe mancher Aktion zum staatlichen „Geldrücken“ (monetäre Staatsfinanzierung) und zu ungewöhnlichen Markteingriffen. Beispiele bietet die EZB mit ihren Staatsanleihekäufen. Bei einem Umfang von 2.715 Milliarden Euro machten sie Ende Juni etwa die Hälfte der Bilanzsumme des Eurosystems aus. Zehn Prozent der japanischen Aktien befinden sich bei der japanischen Notenbank (BoJ), was neben der Geldschöpfung auch eine fragwürdige Stützung des Aktienmarktes darstellt. Die Forderung, die Zentralbanken müssten sich geldpolitischen Spielraum für die Zukunft verschaffen, klingt angesichts der hohen Verschuldung von Staaten und Unternehmen zu Niedrigzinsen wie reines Wunschdenken. Ein nur geringfügiger Zinsanstieg würde die Zinskosten explodieren lassen.

Zugleich warnt die BIZ vor Übermut an den Finanzmärkten. Eine zunehmende Risikoneigung könnte angesichts fehlender Informationen, welches Ausmaß diese Krise hat und wie es weitergehen wird, sehr schnell zu Enttäuschungen und Kurseinbrüchen führen. So erwartet sie steigende Unternehmensinsolvenzen,

die die Kreditrückzahlung und damit den Geschäftsbankensektor trifft. Zudem sieht die BIZ die krisenbedingte, enorm ansteigende Staatsverschuldung als Problem – schließlich wiesen einige Länder schon vor der Corona-Krise ein sehr hohes Schuldeniveau auf.

Die EU-Kommission erwartet für dieses Jahr eine Staatsschuldenquote in Griechenland von 196 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). In Italien könnten es 159, in Frankreich 117 und in Spanien 116 Prozent sein. Für Deutschland wird ein Anstieg der Staatsverschuldung von 59,8 auf 75,6 Prozent prognostiziert. Einerseits seien staatliche Konjunkturprogramme notwendig, andererseits gefährdeten sie die Schuldentragfähigkeit der Staaten – es droht eine Verschuldung auf des Messers Schneide.

### Digitales Zentralbankgeld revolutioniert Geldordnung

Die 1960 in Paris gegründete OECD umfasst heute 37, vor allem europäische und amerikanische Mitgliedstaaten mit zumeist hohem Pro-Kopf-Einkommen. Ihre Analysen und Empfehlungen orientieren sich an einer liberal-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. Der Abbau von Regulierungen, Wettbewerb und Nichtdiskriminierung stehen für die Arbeits- wie für die Produktmärkte, aber auch für den Bereich Umwelt. Während die BIZ von der Politik Strukturreformen und ein ökologisch nachhaltiges Wachstum in Gestalt der Neuausrichtung des Energiesektors fordert, setzt die OECD auf „ebene Spielfelder“ und gleiche Bedingungen für alle.

Ein Staat könnte „nicht die Gewinner von morgen auswählen“, deshalb müsse der Staat bei jeglicher Förderung die Technikneutralität beachten. Das CDU-geführte Bundeswirtschafts- und das SPD-geführte Bundesumweltministerium könnten hier alternative Anleitungen finden – abseits von nationaler „CO<sub>2</sub>-Bepreisung“ oder Sub-

ventionen für Elektroautos. Zudem würden die Staaten gerade jetzt schwachen Unternehmen helfen und dabei die Krisenchancen zur „schöpferischen Zerstörung“ (Joseph Schumpeter) und zum Aufbau innovativer Entwicklungsländer außer acht lassen. Hierbei sieht die OECD auch die coronabedingt ausgeweiteten Kurzarbeiterregelungen in den meisten EU-Staaten kritisch: Dadurch könnten Beschäftigte zu lange in nicht mehr wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen gebunden werden. Stattdessen werden vermehrt Umschulungshilfen für Kurzarbeiter und Restrukturierungshilfen für Unternehmen gefordert.

Zu den fortschrittlichen Themen zählt der digitale Wandel, den die BIZ durch die Errichtung eines Digitalzentrums bei der Bundesbank (Frankfurt) und der Banque de France (Paris) Rechnung trägt. Die Zentralbanken betreffen dieses Thema in zweierlei Hinsicht. Aufgabe sei es, sichere und verlässliche Zahlungsinstrumente für Transaktionen in der digitalen Wirtschaft zu schaffen. Hier dürfte die sogenannte Blockchain-Technologie (JF 25/19) eine wesentliche Rolle spielen, durch die der Zahlvorgang mit anderen Vorgängen wie Übereignung, Lagerhaltung oder Besteuerung verknüpft werden kann.

Zudem wird das Geldmonopol der Zentralbanken zunehmend durch privates Digitalgeld wie den Bitcoin oder die Facebook-Währung Libra (JF 41/19) in Frage gestellt. Sowohl die Schwedische Reichsbank wie auch die Bank of England sind hier schon weit in Richtung einer digitalen Landeswährung fortgeschritten. Digitales Zentralbankgeld wäre Vollgeld und würde unsere derzeitige Geldordnung wie auch die Funktion des Bankensektors als Kreditgeldgeber revolutionieren.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Sein neues Buch „Europäische Union und Währungsunion in der Dauerkrise“ (Springer Verlag 2019) zeigt Analysen und Konzepte für einen Neuanfang auf.

Paschal Donohoe wurde zum Chef der Euro-Gruppe gewählt

## Aufstand der Kleinen

Von Joachim Starbatty

Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien wollten Nadia Calvino zur Chefin der Euro-Gruppe machen. In dem Gremium stimmen die Euro-Staaten ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik ab und koordinieren mögliche Hilfs- und Kreditzusagen. Sie entscheiden damit auch über den Verbleib eines Landes in der Eurozone. Nun haben ihnen die kleineren Euro-Staaten nicht die favorisierte spanische Finanzministerin, sondern den irischen Amtskollegen Paschal Donohoe mit zehn zu neun Stimmen gewählt.

Der 45jährige Christdemokrat (Fine Gael-Partei) steht für die Einhaltung stabilitätspolitischer Regeln, Irland hat nach den Krisenjahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Nadia Calvino beschwert sich, sie habe die Unterstützung von Ländern bekommen, die für mehr als 80 Prozent der Bevölkerung und der Wirtschaftskraft stünden. Sie beklagt sich also über das Prinzip „ein Land, eine Stimme“, wie es im EZB-Rat ständig gegenüber der Bundesbank

praktiziert wird. Die Wahl Donohoes ist ein Aufstand der kleineren Euro-Staaten. Sie sind es satt, die Abmachungen zwischen Emmanuel Macron und Angela Merkel nur noch abzunicken. Seit sich die Kanzlerin in die südeuropäische Phalanx zur Steuerung des Euro eingereiht hat, ist der niederländische Premier Mark Rutte Sprecher der stabilitätsorientierten Euro-Länder.

Der Rechtsliberale steht dafür, daß Geld- und Kreditzusagen nicht in ein offenes Loch geschüttet werden. Er will die Corona-Hilfen mit strikten Auflagen verknüpfen, damit die Eurozone bei einer erneuten Krise nicht wieder mit den bekannten Finanznöten einiger Mitgliedstaaten konfrontiert wird. Damit Deutschland nicht noch tiefer in den Euro-Schuldensumpf hineingezogen wird, sollten wir nicht auf Olaf Scholz und Angela Merkel setzen, sondern auf Mark Rutte und Paschal Donohoe.

Prof. Dr. Joachim Starbatty ist Ökonom und war Abgeordneter des EU-Parlaments.

### BIZ – die „Bank der Zentralbanken“

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) wurde 1930 in Basel gegründet. Gab es anfangs nur 24 Mitglieder, darunter die deutsche Reichsbank, vereint die BIZ heute 62 Zentralbanken: Von Argentinien über die Türkei und Indien bis hin zu China und Japan. Auch die EZB und US-Fed sind vertreten. Die auch „Bank der Zentralbanken“ genannte BIZ verwaltet die Devisenreserven für die Notenbanken und gilt als geldpolitische Denkfabrik. In drei zentralen Ausschüssen nimmt sie eine Schlüsselrolle bei der Kooperation der Zentralbanken und

anderer Institutionen aus dem Finanzsektor ein. Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem wacht über die Stabilität der Geschäftsbanken. Im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht werden Regulierungsanforderungen, die Schieflagen von Banken verhindern sollen, laufend geprüft und neu justiert. Im Ausschuss für Zahlungsverkehr und Marktinfrastrukturen werden neue Trends bei Bezahl- und Überweisungsvorgängen thematisiert. (mey)

► [bis.org/about/areport/areport2020.htm](https://bis.org/about/areport/areport2020.htm)  
► [oecd.org/economic-outlook/june-2020/](https://oecd.org/economic-outlook/june-2020/)

### Die JF im Urlaub.

Kundennummer: (siehe Adressaufdruck auf der Zeitung) \_\_\_\_\_

**Meine Heimatadresse lautet**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Ich möchte auch im Urlaub auf die JF nicht verzichten.

Ich möchte während meiner Abwesenheit die JF an Freunde, Verwandte oder Bekannte senden lassen.

Senden Sie die JF in der Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ bitte an

**Meine Urlaubsadresse lautet**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Land \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Ausschneiden und absenden an:  
JF-Leserdienst - Hohenzollerndamm 27 a - 10713 Berlin - Fax 030/864953-50  
Telefon: 030/864953-25 oder  
bequem per E-Mail: [leserdienst@jungefreiheit.de](mailto:leserdienst@jungefreiheit.de)



## Lassen Sie sich Ihre Freiheit nicht nehmen

Die JUNGE FREIHEIT setzt sich engagiert für Presse- und Meinungsfreiheit ein. Sie leistet so einen entscheidenden Beitrag für die Demokratie. Profiliert in der Ausrichtung, berichtet sie wöchentlich über Politik und Kultur aus Berlin für ganz Deutschland. Sie nimmt sich die Freiheit, weiterzuberichten, wenn andere sich abmelden.

**Nehmen Sie sich auch diese FREIHEIT.**



Lesen, was Sache ist.

Genießen Sie auch im Urlaub Ihre FREIHEIT.